// Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Auswärtigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreise: [illegible] Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend [illegible] Goldpfennige, auswärtige Anzeigen [illegible] Goldpfennige, Reklame-Petitzeile [illegible] Goldpfennige, amtliche Zeile [illegible] Goldpfennige.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 44 — Sonnabend, den 21. Februar 1925 — 20. Jahrgang

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Von Dr. Külz, M. d. R.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wird das deutsche Volk erstmalig vor der Wahl eines Reichspräsidenten stehen. Man kann nicht behaupten, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Wahl des Reichspräsidenten besonders glücklich seien. „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt," so bestimmt Artikel 41 der Verfassung. Das klingt sehr gut und sehr demokratisch, kann aber bei der ungeheuren Parteizersplitterung des deutschen Volkes zu sehr undemokratischen Ergebnissen führen, da die endgültige Entscheidung erst in einer Stichwahl fällt.

Soweit sich der Gang der Dinge bisher übersehen läßt, besteht die Gefahr, daß der erste Wahlgang rein parteipolitisch orientiert sein wird. Es ist dabei kennzeichnend, daß sich zunächst keine Partei so recht an die ganze Angelegenheit herangetraut und doch ist die Wahl des Reichspräsidenten eine noch größere und entscheidendere politische Kraftprobe als die Wahl eines Reichstages. Dieses Zögern rechts und links ist der sinnfällige Beweis dafür, daß eine Persönlichkeit, die über die Grenzen der politischen Problematik hinaus dem ganzen deutschen Volke ohne weiteres als Führerqualität erscheinen könnte, weder rechts noch links zu finden ist. Und in der Tat liegen die Dinge so. Jede Partei hat in ihren Reihen ganz ausgezeichnete Köpfe und Charaktere, aber dem deutschen Volk als Ganzes erscheint keiner als das gegebene Reichsoberhaupt. Und so wird die Reichspräsidentenwahl keine Persönlichkeitsfrage schlechthin sein, sondern eine Angelegenheit politischer Wertung. Das ist zweifellos zu bedauern, läßt sich aber nach Lage der Sache nicht ändern, und ist vor allem auch keine spezifische oder notwendige Erscheinung der Republik und der Demokratie. Auch die deutschen Monarchisten würden, wenn sie heute einen Monarchen küren könnten, einen Anwärter von überragendem Persönlichkeitswert nicht zur Verfügung haben.

So stark auch die parteipolitischen Einschläge in dem zu erwartenden Wahlkampf sein mögen, so wird letzten Endes doch um das ausschlaggebende Problem, wird darum gekämpft werden, ob ein Vertreter der republikanischen und demokratischen oder ein Vertreter der monarchistischen Staatsauffassung an der Spitze des deutschen Reiches stehen soll. Damit ist die weittragende Bedeutung dieser ersten Reichspräsidentenwahl gekennzeichnet. In der französischen Republik war bei der ersten Wahl des Präsidenten die Fragestellung die gleiche. Als der alte Thiers im Mai 1873 von einer klerikal-monarchistischen Opposition zur Demission gezwungen wurde, wurde der Monarchist Marschall Mac Mahon Präsident der französischen Republik. Frankreich hat damals als Republik keinen dauernden Schaden erlitten. Erstens hatten die Monarchisten im Grafen von Chambord einen Thronanwärter, der etwa die gleich geringe Werbekraft besaß, wie sie die heute theoretisch denkbaren deutschen Thronanwärter haben würden, vor allem aber rafften sich im entscheidenden Augenblick Liberale und Republikaner auf. Als die Reaktion zum entscheidenden Schlage ausholte, tausende republikanischer Beamter entließ und das Parlament auflöste, da war die französische Nation vor die Entscheidung gestellt, ob in Zukunft die liberale Demokratie oder die monarchistische Reaktion herrschen solle.

Die Republikaner behaupteten die Mehrheit, zwangen den monarchistischen Präsidenten zur Unterwerfung unter die parlamentarisch-demokratische Staatsform und zur Beseitigung besonders reaktionärer höherer Beamter. Bei uns in Deutschland haben bei den letzten Reichstagswahlen sich zwar auch die republikanischen und demokratischen Strömungen behauptet und zwar besser als damals in Frankreich, aber allen Gesetzen der politischen Vernunft zuwider wurde das Schwergewicht nach der anderen Seite verschoben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei der Reichspräsidentenwahl von rechts her der Versuch gemacht wird, den in der Reichsregierung gewonnenen Einfluß auch auf die Spitze des Reiches auszudehnen. Gelingt dies, so braucht sich nicht unbedingt eine Vernichtung der Republik daraus zu ergeben, wohl aber eine Störung der Entwicklung und ein Krisenherd für die innere Befestigung der Republik.

Die Personenfrage ist bisher weder rechts noch links ernsthaft behandelt worden. Uns will scheinen, als ob die republikanischen und demokratischen Strömungen allen Anlaß hätten, der entscheidenden Fragestellung gegenüber bei Zeiten eine einheitliche Aktionsfront herzustellen. Parteiegoistische Erwägungen müssen in den Hintergrund treten. Die Wahl ist keine Angelegenheit allein für die parteipolitische Einflußsphäre der Sozialdemokratie, des Zentrums oder der deutschen Demokratie, sondern sie wird eine politische Kraftprobe ersten Grades für die Festigung der Republik werden. Es ist kein Grund ersichtlich, warum man noch zögern soll, wenigstens den Versuch zu machen, zu einem Vorgehen derer zu gelangen, die an der Spitze der Republik auch wirklich einen Republikaner haben wollen. Dort, wo zuerst eine einheitliche Willensbildung erkennbar wird, wird von Anfang an die größere Aussicht auf Erfolg vorhanden sein.

Eine amerikanische Stimme zu Eberts Amtsführung.

Neuyork, 19. Februar. Die „Neuyork Times" zollen in einem Leitartikel dem Reichspräsidenten Ebert rückhaltlose Anerkennung für die Erfolge seiner sechsjährigen Amtsführung. Das deutsche Volk habe unter seiner Leitung trotz schwieriger Verhältnisse eine bemerkenswerte Selbstbeherrschung bewiesen und seinen Lebenswillen bewahrt, indem es Ratschläge, die aus der Verzweiflung geboren waren, ablehnte. Die monarchistischen Putsche, die Riesenstreiks im Ruhrgebiet, die kommunistischen Aufstände, die separatistischen Umtriebe in Bayern und am Rhein und alle außenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätten es nicht vom Wege der Vernunft abgebracht, und der gesunde Geist der Nation habe sich gegen den weißen und roten Terror behauptet. Wenn Herr Ebert im Juni sein Amt niederlege, so werde er, falls bis dahin nicht unvorhersehbare Ereignisse einträten, sein Land in besserer Verfassung sehen, als man vor sechs Jahren noch habe hoffen dürfen.

Die Interpellation zum Grubenunglück.

Sitzung des Reichstags vom 19. Februar.

Der Reichstag genehmigt zunächst in dritter Beratung endgültig den am 10. Februar d. J. unterzeichneten Vertrag zwischen Deutschland und Litauen zur Ausführung der Konvention über das Memelgebiet.

Zur Beratung kommen dann die Interpellationen über die Kontrolle der Sicherheit der Gruben, die anläßlich der jüngsten Grubenkatastrophe bei Dortmund von verschiedenen Parteien eingebracht worden sind.

Abg. Schwan (Kom.) begründet eine Interpellation der Kommunisten, in der die letzte Grubenkatastrophe als ein neues Zeichen für die grenzenlose Unsicherheit im Grubenbetriebe bezeichnet wird.

Abg. Imbusch (Ztr.): Ich habe zum besseren Verständnis eine Karte des Grubenfeldes vom „Minister Stein" auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Die Zeche „Minister Stein" ist bisher von größeren Explosionen verschont geblieben. Für die Sprengungen wurde Sicherheitssprengstoff verwendet. Der Redner schildert dann den Verlauf der Grubenkatastrophe bei Dortmund und die Einrichtungen der Unglückszeche. Wäre das Unglück bei der Frühschicht erfolgt, so würde es die doppelte Zahl der Opfer gefordert haben. Im Gegensatz zu den Ausführungen des kommunistischen Vorredners betont der Redner, die Zechenverwaltung habe der Untersuchung der Ursachen des Unglücks durch die Kommission keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Zentrumsinterpellation richtet an die Regierung die Frage, was sie zu tun gedenkt, um die erste Not der schwer heimgesuchten Verletzten und Hinterbliebenen zu lindern, und um in Zukunft die Gefahren, die solche Unfälle herbeiführen, möglichst zu beseitigen. In der Aufklärung der Bergarbeiter über die Schlagwettergefahren müßte mehr geschehen.

Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium gibt zunächst im Namen des erkrankten Reichsarbeitsministers dem tiefsten Mitgefühl Ausdruck für die Opfer der Grubenkatastrophe und die Hinterbliebenen sowie dem Dank und der Anerkennung für die Tätigkeit des Hilfsmannschaften. Die aus öffentlichen und privaten in- und ausländischen Quellen geflossenen Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer haben den Betrag von 1½ Millionen schon überschritten. Die Verhütung derartiger Unglücksfälle unterliegt der Zuständigkeit der Landesbehörden, in diesem Falle des preußischen Handelsministeriums. An der Ueberwachung der Sicherheitseinrichtungen sind die Betriebsräte beteiligt. Eine besondere Vorschrift des preußischen Handelsministeriums sichert die ungestörte Tätigkeit der Betriebsräte auf diesem Gebiet. Sollten tatsächlich solche Störungen vorgekommen sein, so werden die zuständigen Reichs- und Landesbehörden alles tun, um dem entgegenzutreten. Die Beerdigungskosten hat in großherziger Weise die Stadt Dortmund übernommen.

Ministerialrat Hatzfeld vom preußischen Handelsministerium gibt dem tiefen Beileid der preußischen Staatsregierung Ausdruck. Der Redner war selbst am Unglücksort und gibt eine ergänzende Schilderung der örtlichen Verhältnisse. Die Wetterführung war in Ordnung. Auch die Berieselung funktionierte, aber sie ist nach Ansicht der Fachleute nicht mehr als geeignetes Mittel zur Verhütung von Kohlenstaubexplosionen anzusehen. Die Verwaltung der Unglückszeche war eine der ersten, die gerade jetzt dabei war, das moderne Steinstaubverfahren einzuführen.

In der Besprechung der Interpellationen zum Grubenunglück nimmt als erster Redner das Wort

Abg. Husemann (Soz.). Er begründet einen Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfällen im Bergbau. Eine große Katastrophe wie die jetzige lenke die öffentliche Aufmerksamkeit auf die großen Gefahren des Bergmannsberufs. Dabei werde aber zu wenig derer gedacht, die als Einzelne verunglücken. Im deutschen Bergbau gibt es täglich zwei Tote und 250 Verletzte. (Hört, hört!) Im Ruhrbergbau ist die Zahl sogar noch höher. Das Antreibersystem, das auch auf der Zeche „Minister Stein" bestand, war auch die letzte Ursache der jüngsten Katastrophe.

Abg. Winnefeld (D. Vp.) verliest eine gemeinsame Erklärung der beiden Rechtsparteien, des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung, in der den Opfern der Katastrophe und den Hinterbliebenen die Anteilnahme der Parteien ausgesprochen wird. Die Erklärung lehnt es ab, vor der genauen Ermittlung der letzten Ursachen der Katastrophe ein Urteil darüber zu fällen oder Schlüsse daraus zu ziehen.

Nach Schlußworten der Abgg. Ziegler (Dem.), Schütz (Kom.) und Imbusch (Ztr.) wird der sozialdemokratische Antrag dem Haushaltausschuß überwiesen.

Es folgen Berichte des Geschäftsordnungsausschusses. Die vom Ausschuß befürwortete Genehmigung zur Zeugenvernehmung der Abgg. Dittmann, Fehrenbach, Giesberts, Scheidemann, Wallraf, David, Müller-Franken und Wels im Rothardt-Prozeß in Magdeburg wird ohne Debatte erteilt.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hertz (Kom.) wird dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses gemäß versagt.

Der Geschäftsordnungsausschuß beantragt die Ablehnung kommunistischer Anträge, Einstellung der gerichtlichen Verfolgung und auf Haftentlassung der kommunistischen Abgg. Heckert und Pfeiffer, die als Mitglieder der kommunistischen Zentrale wegen Hochverrates verfolgt werden.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Deutschen und Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab des Inhalts, die beiden Abgeordneten Heckert und Pfeiffer würden derart schwerer Verbrechen bezichtigt, daß die Wahrung ihrer Immunität in unlösbarem Widerspruch stehen würde zu der gebotenen Sicherheit von Staat und Gesellschaft, zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und zum Schutze des Lebens der Staatsbürger. Darum müßten die genannten Parteien die Anträge auf Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens ablehnen.

Abg. Brodauf (Dem.) erklärt, auch die demokratische Fraktion werde für den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, also für die Genehmigung zur Strafverfolgung stimmen. Das entspreche der Haltung der Demokraten in der letzten Reichstagssession.

Verlängerung und Verschärfung der Militärkontrolle.

Genf, 19. Febr. Die erste französische Zeitung, die von dem Ergebnis der Beratungen des Militärrates über die Entwaffnung Deutschlands schreibt, ist der nationalistische „Temps". Dem Blatte zufolge habe der Militärrat einstimmig dahin entschieden, daß die deutsche Entwaffnung als nicht durchgeführt anzusehen sei und die Verlängerung der Kontrolle bis zum 1. April 1926 vorzuschlagen ist.

Genf, 19. Febr. Der „Matin" meldet: Aus dem Schlußbericht ist mitzuteilen, daß Deutschland die gewaltige Zahl von 2700 Verfehlungen gegen die Entwaffnungsverpflichtungen vorgeworfen wird. Der alliierte Militärrat kann keinen anderen Ausweg sehen, als neben der Verlängerung der Kontrolle ihre wesentliche Verschärfung herbeizuführen. Die meisten Verfehlungen wurden dadurch festgestellt, daß Anzeigen beim Chef der Kontrolle, besonders von der Pressestelle der Kommission, eingingen, die sie erfreulicherweise aus „deutschen Zeitungen" entnehmen konnte, so daß keine Ableugnungen Deutschlands etwas helfen werden.

Wühlereien gegen das Kabinett Marx.

Der Antrag der Rechtsparteien.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben im preußischen Landtag zu der Erklärung des Ministerpräsidenten vom Mittwoch den folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag hat nach Art. 57 Abs. 1 Satz 1 der preußischen Verfassung jedem einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag bekundet dieses Vertrauen nicht 1. dem Minister des Innern Severing, 2. dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Becker, 3. dem Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, 4. dem Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, 5. dem Minister für Volkswohlfahrt Hirtsiefer, 6. dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Steiger und 7. dem Justizminister Dr. am Zehnhof.